

Trojanisches Pferd Reformvertrag

Die KPÖ unterstützt die Unterschriftenaktion der Linzer „Werkstatt Frieden und Solidarität“ für eine Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag.

Mit guten Gründen wurde der EU-Verfassungsvertrag von den Bevölkerungen Frankreichs und der Niederlande abgelehnt. In der EU war man ratlos. Was tun? Schließlich ersann man eine List: Gleicher Inhalt – neuer Name. Und damit die Leute glauben, man hätte tatsächlich auch den Inhalt verbessert, wurde groß „Reformvertrag“ draufgeschrieben.

Christian Felber von Attac Österreich stellt klar: Der Reformvertrag in der aktuellen Form bleibt demokratiefeindlich, neoliberal und militaristisch. Wenn es nicht so wäre, warum hätten die EU-Staats- und Regierungschefs solche Angst, uns nach der Meinung zu fragen? Doch hier noch einige Fakten:

In der Präambel des Vertrages wird die Demokratisierung der EU für abgeschlossen erklärt. Das Europäische Parlament erhält kein Initiativrecht für Gesetze und weniger legislative Befugnisse als der Ministerrat.

Der „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ bleibt vorrangig. Die sozialen Grundrechte werden nicht gestärkt. Felber: „Damit ist das neoliberale Binnenmarktkonzept einementiert.“

Die Militarisierung der Europäischen Union wird weiter vorangetrieben. Die Mitgliedstaaten müssen laut Vertrag „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise verbessern“. Aufrüs-

tung wird zur Pflicht. – Auch für das neutrale Österreich!

Neben der KPÖ erhoben jüngst auch Helmut Zilk oder der unabhängige EU-Parlamentarier Hans Peter Martin die Forderung nach einer Volksabstimmung über den neuen EU-Vertrag. Der steirische KPÖ-Vorsitzende Franz Stephan Parteder erinnert an das klare Nein der steirischen KPÖ zu diesem Vertrag und sieht sich zugleich bestätigt: „Der Protest gegen diesen Vertrag ist keine Sache

von Rechtsaußen-Parteien, sondern eine demokratische Bewegung, die verschiedene politische Kräfte umfasst. Das ist jetzt gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit klargestellt worden.“

Wir ersuchen unsere Leserinnen und Leser, den offenen Brief an die österreichischen Nationalratsabgeordneten mit der Forderung nach einer Volksabstimmung unter der Adresse <http://www.werkstatt.or.at> zu unterzeichnen.

WUSSTEN SIE...

- ... dass die FP 1955 als einzige Partei gegen die Neutralität gestimmt hat?
- ... dass die FP vor allen anderen Parteien den EU-Anschluss Österreichs gefordert hat?
- ... dass die FP in der Regierung alle EU-Vorschriften mit beschlossen hat?



200.000 demonstrieren beim Gipfel in Lissabon gegen die EU-Pläne.

Ist die Schule zu teuer? Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Umfrage zum Schul-Ausgaben:

Verlost werden Buchpreise und T-Shirts.

Selbstbehalte, aber auch viele andere Beiträge zahlen Eltern nicht nur zu Schulbeginn. Ist das in Ordnung? (Bitte ankreuzen)

1.) Eine gute Ausbildung kostet eben Geld. Das muss man sich leisten.

2.) Zumindest die Selbstbehalte (z.B. für Schulbücher) gehören abgeschafft.

3.) Die Schule sollte völlig kostenlos für alle Kinder sein.

Ich hätte gerne regelmäßig Informationen der KPÖ Graz zugeschickt.

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL) _____



An das **Grazer Stadtblatt**

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Fax: 0316/ 71 62 91



Schulbücher, Kopierkosten, Ausflüge, Elternverein – alles kostet Geld und macht den Schulstart und -besuch teuer. Die Frage ist, ob das die Eltern zahlen sollen oder die öffentliche Hand mehr Verantwortung für gute Bildung übernehmen sollte.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

Schreiben Sie uns Ihre Meinung: KPÖ-Elke Kahr, Lagergasse 98a, 8020 Graz, Fax 71 62 91 oder E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at